vinetur

# Moldau erwägt Genehmigungspflicht für Weinbergpflanzungen zur Angleichung an EU-Vorschriften

Der Gesetzentwurf verbindet vereinfachte Aufzeichnungspflichten für Erzeuger mit Rückverfolgbarkeitsregeln für den Weinsektor

Freitag, 13. November 2026



Moldau erwägt ein neues Genehmigungssystem für die Anlage und Wiederbepflanzung von Weinbergen zur Weinproduktion. Damit sollen die Vorschriften des Landes stärker an die Standards der Europäischen Union angeglichen werden.

InfoMarket berichtete am Donnerstag, dem 12. November, dass ein Gesetzentwurf den Rahmen für die Anlage und Wiederbepflanzung von Weinbergen im Weinsektor ändern würde. Dem Bericht zufolge würden Genehmigungen für diese Tätigkeiten verpflichtend, zugleich würden umfassendere Compliance-Vorschriften für Erzeuger überarbeitet.

Die vorgeschlagenen Änderungen gehen über die Anlage von Weinbergen hinaus. InfoMarket zufolge würde der Entwurf auch die Aufzeichnungspflichten für Weinproduzenten deutlich vereinfachen. Zugleich wären neue Rückverfolgbarkeitsregeln für Produkte vorgesehen, die im gesamten Sektor gelten würden.

Diese Kombination deutet auf einen regulatorischen Wandel hin und nicht auf eine eng begrenzte technische Aktualisierung. Bei einer Verabschiedung würde die Genehmigungspflicht für Weinbauern einen formellen Genehmigungsschritt vorsehen, wenn sie neue Weinberge zur Weinproduktion anlegen oder bestehende wiederbepflanzen wollen. Die geplante Vereinfachung der Aufzeichnungspflichten legt nahe, dass die Behörden auch versuchen, den Verwaltungsaufwand teilweise zu verringern, während sie zugleich die Kontrolle darüber verschärfen, wie Produkte entlang der Lieferkette nachverfolgt werden.

Der Aspekt der Rückverfolgbarkeit könnte für Erzeuger und Exporteure besonders wichtig sein. Strengere Rückverfolgbarkeitsregeln bedeuten in der Regel eine detailliertere Dokumentation der Herkunft und des Warenflusses von Produkten. Das kann dazu beitragen, die nationalen Kontrollen an die Erwartungen des europäischen Marktes anzupassen. Für Weingüter und andere Getränkeunternehmen, die auf die Versorgung mit Trauben angewiesen sind, könnte der Vorschlag einen umfassenderen Wandel beim Umgang mit Weinbergsmanagement, Produktionskontrollen und der Einhaltung regulatorischer Vorgaben markieren, während sich Moldau den Marktstandards der EU annähert.

Der Bericht enthielt keine weiteren öffentlich zugänglichen Einzelheiten dazu, wie das Genehmigungssystem in der Praxis funktionieren würde. Offen blieb unter anderem, welche Behörde die Genehmigungen erteilen soll, welche Kriterien Weinbauern erfüllen müssten und wie lange das Genehmigungsverfahren dauern könnte. Auch wann der Entwurf im Gesetzgebungsverfahren vorankommen könnte, wurde nicht angegeben.

Dennoch ist die Stoßrichtung des Vorschlags klar. Moldau prüft Vorschriften, die die Standards der europäischen Weinbranche stärker aufgreifen und zugleich neu regeln würden, wie Erzeuger ihre Betriebsabläufe dokumentieren und wie Behörden Produkte zurückverfolgen. Das könnte sich auf Entscheidungen zur Erneuerung von Weinbergen, Expansionspläne und die Compliance-Kosten entlang der gesamten Weinlieferkette auswirken.

Der Vorschlag kommt zu einem Zeitpunkt, an dem die Angleichung an EU-Vorschriften die politischen Entscheidungen in mehreren Sektoren Moldaus prägt. Im Weinsektor wären verpflichtende Genehmigungen für die Anlage und Wiederbepflanzung von Weinbergen eine strukturelle Veränderung für Weinbauern. Die Rückverfolgbarkeitsbestimmungen könnten zugleich Folgen für Weingüter, Abfüller, Vertriebshändler und andere Getränkeunternehmen haben, die auf verlässliche Herkunfts- und Produktionsaufzeichnungen angewiesen sind.